

anzurathen, sie sieht sich aber gleichzeitig veranlaßt, das in der ständischen Schrift vom 25. November 1837.

Landt. Act. 1837 I. Abth. 3. Bd. Seite 193
von der Ständeversammlung ausgesprochene Gesuch
auf thunlichste Vereinfachung und Ersparniß in der immer
noch sehr kostspieligen Verwaltung des Berg- und Hütten-
wesens, fortwährend Bedacht zu nehmen,
dringend zu wiederholen und dessen im Verein mit der zweiten
Kammer zu erneuernde Niederlegung in der Schrift der Kam-
mer zu empfehlen.

Staatsminister v. B esch au: Ich muß der geehrten Kam-
mer überlassen, ob sie diesen früher schon ausgesprochenen
Wunsch auch bei der jetzigen Veranlassung wiederholen will.
Ich bemerke, daß er eigentlich nicht zu dieser Position gehört,
sondern zweckmäßiger bei dem Einnahmehudjet hätte gestellt wer-
den sollen. Die Position, von der es sich jetzt handelt, bildet
sich bloß aus den Unterstützungen und Zuschüssen an verschie-
dene Bergreviere und hauptsächlich aus den Summen, welche
die Regierung zur Unterhaltung der Stollen anweist. Wenn
übrigens auch dieser Wunsch, welchen die Kammer hier ausge-
sprochen hat, nicht hierher gehört, so will ich doch ein paar
Worte erwiedern. Das Bestreben der Regierung muß zu-
nächst darauf gerichtet sein, wo es irgend thunlich ist, die Zahl
der Beamten zu vermindern, und es ist dies eine Aufgabe, die
sie sich gestellt hat und unausgesetzt verfolgt. Zu besorgen ist
aber allerdings und ich glaube mit Gewißheit anzunehmen, daß
der Aufwand dadurch an sich nicht vermindert werden wird.
Ich bitte die Deputation, einen Blick zu werfen auf die Gehalte
der Bergbeamten, welche bei dem Einnahmehudjet näher nach-
gewiesen worden sind. Die Bergbeamten sind in der That nicht
gut, sondern zum großen Theil sehr schlecht bezahlt. Es würde
aber schon ein Gewinn sein, wenn sich hier und da Stellen, auch
ohne Gehaltersparnisse einziehen ließen, damit die Beamten
besser besoldet werden könnten, was auch für das Pensionswesen
vortheilhaft wäre.

Referent Bürgermeister H ü b l e r: Zur Entgegnung auf
die Aeußerungen des Herrn Staatsministers muß ich mir einige
Worte erlauben, und zwar zunächst zu Rechtfertigung der Form
des Antrages, die Bemerkung, daß, da die hier angeführten all-
gemeinen Ausgaben für das Berg- und Hüttenwesen aus dem
Einnahmehudjet weggewiesen worden und hier unter den Aus-
gaben des Finanzdepartements Platz gefunden hatten, die De-
putation genöthigt war, den Antrag hier zu wiederholen. Was
aber das Materielle des Antrags betrifft, hat die Deputation
bei diesem Antrage nicht sowohl eine Verminderung der zum
großen Theile allerdings sehr mäßigen Gehalte im Auge gehabt,
als vielmehr eine größere Vereinfachung des Betriebs selbst.
Die Deputation ist weit entfernt, den Bergbau bloß vom finan-
ziellen Gesichtspunkte aus zu betrachten; auch ihr hat der hö-
here, der staatswirthschaftliche Zweck vorgeschwebt. Allein,
wie hoch man auch die Wichtigkeit des Bergbaues für das
Staatsinteresse stellen möge, so bleibt doch der von der frühern
Ständeversammlung getheilte Wunsch, auch in diesem Zweige
der Verwaltung möglichste Ersparniß eintreten zu sehen, jeden-

falls um so mehr gerechtfertigt, da nicht nur, wie die Vorlage
zeigt, das Postulat um mehre tausend Thaler gewachsen, son-
dern auch der in dem Berichte der jenseitigen Kammer hervor-
gehobene Reinertrag des Bergbaues nur illusorisch ist, indem
er nicht von den eigentlichen Erträgen des Bergbaues, son-
dern zunächst von den bedeutenden Ueberschüssen herrührt, welche
das Blaufarbenwerk geliefert hat, eine für sich bestehende Staats-
fabrikanstalt, welche dem Bergwesen unmittelbar nicht ange-
hört. Brächte man diese Ueberschüsse in Wegfall, so würde sich
schon jetzt nicht nur kein Reinertrag, sondern auch ein bedeuten-
des Deficit im Etat des Bergbaues ergeben, und so muß man
allerdings im eignen Interesse des Bergbaues wünschen, daß,
wenn er auch dem Lande keinen Reingewinn abwerfen sollte, er
doch sich selbst erhalten möge.

Bürgermeister S c h i l l: Wenn dem Antrage der Deputa-
tion entgegengesetzt worden ist, daß er nicht sowohl hierher ge-
hört, sondern in dem Einnahmehudjet hätte vorgebracht werden
sollen, so muß ich darauf entgegnen, daß er am vorigen Land-
tage auch in Beziehung auf die gegenwärtige Position ange-
bracht und von der Kammer angenommen worden ist. Allein
ich habe auch die Ueberzeugung, daß er auch in Hinsicht des ei-
gentlichen Betriebs eben so thunlich als rathlich sein wird. Und
daß der Antrag gewiß seinen Effect nicht verfehlen werde, daß
auch hier Ersparnisse herbeigeführt werden dürften, scheint au-
ßer Zweifel. Von dem Herrn Referent ist richtig bemerkt wor-
den, der Bergbau sei nicht als eine Finanzspeculation zu be-
trachten; allein ich muß auch darauf hinweisen, daß, wenn wir
den Reinertrag der Kupfer- und Blaufarbenwerke von dem
Einkommen des Bergbaues abziehen, sich dadurch bereits ein
nicht unbedeutendes Deficit herausstellt. Dieser Reinertrag
läßt sich eigentlich nicht zu dem Etat der Bergnugungen schla-
gen, weil er für sich besteht, und eben so gut könnte man den
Reinertrag der Meißner Porzellanmanufactur dazu thun, da
die weiße Erde auch bergmännisch gewonnen wird. Ueberdies
trägt die Blaufarbenfabrikation ihre Bergbaukosten selbst, ohne
den Staat wesentlich in Anspruch zu nehmen, und diese sind
noch nicht hierunter mit begriffen. Die Deputation hat keines-
wegs dem Bergbau zu nahe treten wollen, sondern nur mög-
liche Vereinfachung der Betriebskosten gewünscht.

Bürgermeister W e h n e r: Ich würde mich allerdings auch
für diesen Antrag verwenden. Der Bergbau wird bekanntlich
unter der Erde getrieben, und es scheint dadurch auch etwas
auf die Verwaltung übergegangen zu sein, nämlich die Dunkel-
heit, denn ganz durchsehen kann man nicht. Es bleibt immer
dunkel. Soviel aber hat seine Richtigkeit, daß, wenn man
das öffentliche Urtheil über die Verhältnisse des Bergbaues hört,
der Referent allemal der ist: es wird mehr als nothwendig darauf
verwendet. Beweisen läßt sich das allerdings nicht, aber das
liegt darin, weil man die Sache nicht durchsehen kann. Da-
her ist's nach meiner Ansicht sehr angemessen, dem Antrag bei-
zustimmen, weil die Regierung die einzige Stellung hat, wo
sie am Ende dennoch auch dieses Dunkel durchschauen kann.